

# KAMMERREPORT

## HANSEATISCHE

### RECHTSANWALTSKAMMER

#### HAMBURG

# AUSGABE 2

## 22. MÄRZ 2007

---

#### INHALT

Geschäftsbericht	S. 1
Rechnungslegung	S. 23
Ansprechpartner	S. 40

## Geschäftsbericht

### Rechnungslegung

## 2006

[info@rechtsanwaltskammerhamburg.de](mailto:info@rechtsanwaltskammerhamburg.de)



Der Kammervorstand berichtet über die Schwerpunkte seiner Arbeit im Geschäftsjahr 2006.

## Rechtspolitik

Die Deregulierung des Rechtsberatungsmarktes war durch den Neu-Entwurf des "Rechtsdienstleistungsgesetzes" auch im Jahre 2006 für die Anwaltschaft das dominierende Thema.

Im Frühjahr 2006 hatte das Bundesjustizministerium zunächst einen gegenüber dem im Herbst 2005 präsentierten Diskussionsentwurf weitgehend unveränderten "Referentenentwurf" präsentiert.

Die dagegen vorgetragenen Argumente der anwaltlichen Berufsorganisationen, aber auch von anderer Seite vorgetragene Bedenken haben dazu geführt, dass dieser Referentenentwurf in den entscheidenden Punkten der Definition der Rechtsdienstleistung und dem Umfang der Annexkompetenz im Sinne der Anwaltschaft verändert worden ist.

Auf dieser Basis wurde am 01.09.2006 ein erster formeller Gesetzentwurf der Bundesregierung in den Bundesrat eingebracht (BR-Drucksache 623/06).

Die hiergegen seitens der BRAK und des DAV sowie der Landesjustizverwaltungen vorgetragene Bedenken hat der Bundesrat weitgehend aufgegriffen und in seiner 826. Sitzung vom 13. Oktober 2006 zu dem Gesetzentwurf ausführlich Stellung genommen.

Zu dieser Stellungnahme des Bundesrates hat die Bundesregierung eine Gegenerklärung abgegeben. Mit dieser Gegenerklärung ist der Gesetzentwurf schließlich als BT-Drucksache 16/3655 unter dem 30.11.2006 in den Bundestag eingebracht worden.

### IMPRESSUM

KAMMERREPORT

erscheint vierteljährlich

Herausgeber:

Hanseatische  
Rechtsanwaltskammer

Der Präsident

Bleichenbrücke 9

20354 Hamburg

Tel 040-35 74 41-0

Fax 040-35 74 41-41

Die Kammern sind mit den bisherigen Änderungen in der Position der Bundesregierung noch nicht zufrieden.

Sie sehen sich in ihrer kritischen Haltung dadurch bestärkt, dass auch der Bundesrat in den entscheidenden Punkten eine ähnliche Kritik äußert wie die Rechtsanwaltskammern. Die Kammern werden sich also in den abschließenden Beratungen im Bundestag bemühen, weitere Änderungen im Sinne der Anwaltschaft durchzusetzen.

Dabei stehen nach wie vor die Definition der Rechtsdienstleistung, der Umfang der Annexkompetenz, aber auch die geplanten Erweiterungen der Möglichkeiten zur beruflichen Zusammenarbeit im Vordergrund.

Der Hamburger Kammervorstand hat durch eine Podiumsdiskussion vor der Kammerversammlung im April 2006 und durch einen verhältnismäßig gut besuchten Informationsabend am 08.11.2006 in der Grundbuchhalle über die aktuellen Entwicklungen ausführlich informiert und wird Sie auch weiter auf dem Laufenden halten.

•

Die gemäß § 44 GWB gebildete **Monopolkommission** hat im Juli 2006 ihr 16. Hauptgutachten vorgelegt.

Es befasst sich in Kapitel VI ausführlich mit den Regulierungen der freien Berufe, vor allen Dingen mit dem **Berufsrecht der Anwaltschaft** (Abschnitt 2., Textziffer 988 ff.).

Die Monopolkommission legt ihren gesamten Untersuchungen das Prinzip des Vorrangs des Wettbewerbs zugrunde und sieht deshalb die Regulierung durch das anwaltliche

Berufsrecht überwiegend kritisch. Das gilt auch für den Zugang zum Markt für Rechtsdienstleistungen (Textziffer 1002 ff.), die Monopolkommission befürwortet hier die Zulassung weiterer beratender Berufe.

Dies gilt aber auch vor allen Dingen für die bisherige Regelung im anwaltlichen Gebührenrecht, die die gerichtlichen Honorare als Mindesthonorare sieht (Textziffer 1034 ff.).

Auch das Verbot des Erfolgshonorars sieht die Monopolkommission kritisch (Textziffer 1046 ff.).

Die Monopolkommission verkennt nach Ansicht der Kammern jedoch, dass der Rechtsanwalt als Organ der Rechtspflege sich nicht allein am Wettbewerbsrecht messen lassen kann. Der Rechtsanwalt ist eine tragende Säule des Rechtsstaats und seine besonderen Rechte und Pflichten - die Grundwerte Verschwiegenheit, Unabhängigkeit und das Verbot der Wahrnehmung widerstreitender Interessen - existieren nicht im Interesse der Rechtsanwaltschaft, sondern zum Schutze des Recht suchenden Bürgers. Nicht zuletzt würde der Rechtsstaat selbst unter einer nur Wettbewerbsgesichtspunkten folgenden Anwaltschaft leiden. Vor diesem Hintergrund werden die Kammern nicht nachlassen, den Empfehlungen der Monopolkommission kritisch zu begegnen.

•

Für die **europäische Rechtsentwicklung** war wie im Jahr zuvor maßgeblicher "Schrittmacher" die aus dem "Clementi-Report" hervorgegangene Vorlage eines **"Draft Legal Services Bill"**.

Der Gesetzentwurf wurde im Mai 2006 im britischen Unterhaus eingebracht und setzte die wesentlichen Anregungen des Clementi-Reports um.

Die Bundesrechtsanwaltskammer hat aus deutscher Sicht Bedenken gegen die vorgesehene Möglichkeit zur Beteiligung von Fremdkapital an Anwaltssozietäten direkt beim britischen Parlament vorgetragen und auf die nachteiligen Auswirkungen auf die Tätigkeit internationaler Sozietäten mit britischer Beteiligung in Deutschland hingewiesen. Das Vorgehen der BRAK wurde in der britischen Presse sehr positiv registriert.

Der mit der Sache befasste gemeinsame Ausschuss beider Häuser des britischen Parlaments hat sich sehr kritisch mit dem Regierungsvorhaben auseinandergesetzt und eine viel zu schnelle, unüberlegte Liberalisierung kritisiert. Der Entwurf berücksichtige schwerpunktmäßig nur Verbraucherinteressen, nicht hingegen die Interessen der Allgemeinheit. Auch bedrohten Teile der Reform die Unabhängigkeit des Anwalts durch eine zu starke Staatsregulierung der Rechtsdienstleistungen. Die britische Regierung hat im September 2006 bereits zur kritischen Stellungnahme des Unterausschusses repliziert und hält unvermindert an ihren Überlegungen fest, so dass dennoch von einer Realisierung des Gesetzesvorhabens auszugehen ist.

Der Kammervorstand hat sich auf einer erstmalig in Brüssel durchgeführten Vorstandssitzung schwerpunktmäßig mit dem Thema der europäischen Rechtsentwicklung nicht nur im anwaltlichen Berufsrecht, sondern auch im Strafrecht und im Bereich der Geltendmachung geringfügiger Forderungen befasst. Es wurden auch Gespräche mit Vertretern der Europäischen Institutionen geführt.

Im Urteil vom 05.12.2006 in den verbundenen Rechtssachen Cipolla und Macrino hat der **Europäische Gerichtshof** zur Vereinbarkeit von **nationalstaatlichen Gebührenregelungen** mit europäischem Recht Stellung genommen und dabei eine relativ differenzierte Position vertreten: Gebührenregelungen können zwar wettbewerbsbeschränkend sein, diese Beschränkungen können allerdings im Hinblick auf die besondere Funktion rechtsberatender Berufe und die nationalstaatlichen Verhältnisse gerechtfertigt sein. Ein generelles Verdict ist also ausgeblieben, stattdessen sind jeweils im nationalen Rahmen die Verhältnisse konkret zu betrachten.

•

Im Dezember 2006 ist schließlich die heiß umstritten gewesene "Dienstleistungsrichtlinie" in Kraft getreten.

Die Anwaltschaft kann zufrieden sein, dass sie vom Anwendungsbereich dieser Richtlinie insoweit ausgenommen ist, als die bereits vorher existierenden berufsspezifischen Richtlinien unberührt bleiben und Vorrang behalten.

•

Auf **Hamburger Ebene** war das Jahr 2006 durch den Wechsel an der Spitze der Justizbehörde geprägt. Der **neue Justizsenator, Carsten-Ludwig Lüdemann**, hat sich in einem Interview im Kammerreport zu den Eckpunkten seiner Justizpolitik geäußert.

Sie ist spürbar anders als die seines Vorgängers an dem Dialog mit den Beteiligten des Justizwesens ausgerichtet. In einzelnen Sachfragen bleibt abzuwarten, ob es inhaltliche Korrekturen an der bisherigen Politik der Justizbehörde gibt.

Der Kammervorstand hat den Wechsel an der Spitze der Justizbehörde auch zum Anlass genommen, in einen direkten Dialog mit der Politik einzutreten: In der Oktobersitzung des Kammervorstandes war erstmals eine Delegation einer in der Hamburgischen Bürgerschaft vertretenen Partei zu Gast. Das erste Gespräch fand mit einer Abordnung der CDU-Fraktion statt; Gespräche mit den anderen in der Bürgerschaft vertretenen Parteien werden folgen.

## Juristenausbildung

**N**ach der Reform ist vor der Reform.

Nach der Reform des Jahres 2003 hat der Kammervorstand kontinuierlich die **Pflicht-Arbeitsgemeinschaft "Einführung in den Anwaltsberuf"** weiterentwickelt.

Im Februar 2006 ist die Struktur der Arbeitsgemeinschaft grundlegend geändert worden: Die juristische Fallbearbeitung als "Schnittmenge" der Anforderungen sowohl des Examens, als auch der anwaltlichen Berufspraxis ist mehr als zuvor in den Mittelpunkt der Arbeitsgemeinschaft gestellt worden. Die anwaltlichen Arbeitstechniken werden jetzt näher "am Fall" und vor allen Dingen näher an der Struktur einer Anwaltsklausur unterrichtet. Maßgebend für diese Änderung war die anhaltende Kritik der Referendare an aus ihrer Sicht unzureichender Ausrichtung des Stoffes an den Anforderungen des Examens. Der Kammervorstand hat allerdings nicht davon Abstand genommen, die Inhalte wesentlich an den Anforderungen der anwaltlichen Berufspraxis auszurichten.

Nach der erfolgten Umstellung kommt die Einführungs-Arbeitsgemeinschaft deutlich besser an als zuvor.

Nach wie vor ungenügend ist allerdings die Inanspruchnahme des anwaltlichen Ausbildungsangebots im Rahmen der Wahl-Arbeitsgemeinschaften.

Von insgesamt 14 angebotenen Arbeitsgemeinschaften haben im Jahre 2006 nur 5 stattgefunden. Der Rest ist mangels Nachfrage ausgefallen.

Eine Veränderung hat es im Berichtsjahr auch bei der Beteiligung an der **Gestaltung von Examensklausuren** gegeben: Die Abordnung eines Rechtsanwalts in das Gemeinsame Prüfungsamt (GAP) ist am 30.09.2006 ausgelaufen.

Bezüglich der finanziellen Auswirkungen wird auf die Rechnungslegung verwiesen.

Die an den dorthin abgeordneten Anwaltskollegen gestellte Erwartung, Examensklausuren in allen drei großen Rechtsbereichen (Zivil-, Straf- und öffentliches Recht) konzipieren zu können, hat sich als unrealistisch erwiesen, da Rechtsanwälte mit Berufserfahrung in aller Regel auf einen dieser Rechtsbereiche spezialisiert sind.

Mit Hilfe des im GPA tätigen Kollegen konnten deshalb quantitativ und qualitativ geeignete Anwaltsklausuren für den Bereich des öffentlichen Rechts erstellt werden.

Für die Bereiche des Zivil- und Strafrechts hat der Kammervorstand im Einvernehmen mit dem Gemeinsamen Prüfungsamt jetzt kleine Pools von Kolleginnen und Kollegen gebildet, die jeweils in Zusammenarbeit mit den Richtern des Prüfungsamtes geeignete Anwaltsklausuren entwerfen.

Die Kosten für das Gehalt des in das GPA abgeordneten Kollegen sind damit also ab 01.10.2006 entfallen.

Dieser Sachverhalt wird erneut zur Folge haben, dass die Ausbildungsumlage, die von jedem Kammermitglied erhoben wird, auch im Jahre 2007 nicht in der beschlossenen Höhe abgerufen werden muss.

Für den Bereich der **universitären Juristenausbildung** gibt es noch keine nennenswerten Fortschritte zu vermelden: Zwar hat der Kammervorstand im Juni und Oktober 2006 in Gesprächen mit den Verantwortlichen der juristischen Fakultät die Mithilfe und Mitarbeit der Anwaltschaft bei der Berücksichtigung praktischer Anforderungen an das Studium angeboten.

Auf Resonanz ist dieses Angebot bis zum Jahreswechsel jedoch nicht gestoßen, sodass es hier bei der Zusammenarbeit mit einzelnen Professoren und der bewährten Kooperation in den begrenzten Projekten des Ergänzungsstudiengangs Wirtschaftsrecht und des Studienganges "European-Asean Business Transactions" verblieben ist.

•

**Vor der Reform bedeutet:** Die Diskussion um eine grundlegende Umstrukturierung der Juristenausbildung geht weiter und hat durch eine Initiative der nordrhein-westfälischen Justizministerin Müller-Piepenkötter eine deutliche und auch aus der Sicht der Kammervorstände sinnvolle Wendung erhalten:

Der europäische Reformdruck durch die Standardisierung der Universitätsausbildung nach dem **"Bachelor/Master" System** macht auch vor der Juristenausbildung nicht Halt.

Das NRW-Modell trägt sowohl der europaweiten Harmonisierung der Studienabschlüsse, als auch den Besonderheiten der Ausbildung zum Einheitsjuristen in Deutschland Rechnung. Es soll nach diesem Vorschlag eine Berufszugangsprüfung für alle juristischen reglementierten Berufe geben, die nach dem Masterabschluss stattfindet.

Die Rechtsanwaltskammern und der Berufsrechtsausschuss der Bundesrechtsanwaltskammer werden dieses Modell weiter evaluieren.

Würde es sich durchsetzen, wäre auch die Forderung des Deutschen Anwaltvereins nach der anwaltspezifischen Spartenbildung vom Tisch. Denn diese hat nach wie vor den grundlegenden Mangel, dass sie die Vorzüge des Deutschen Einheitsjuristen zugunsten einer vollkommen spekulativen Hoffnung aufgeben würde, durch eine begrenzte Zurverfügungstellung von Ausbildungsplätzen eine Berufszugangsschranke errichten zu können.

Anders als noch ein Jahr zuvor setzt sich also im Hinblick auf die nächste große Reform der Juristenausbildung eine differenzierte Betrachtungsweise durch; die Front der radikalen Neinsager gegenüber einer europäischen Harmonisierung beginnt spürbar zu bröckeln.

## Berufsrecht

Die berufsrechtliche Entwicklung im Jahr 2006 hatte mehrere Schwerpunkte:

Zum einen sind durch die Beschlüsse der Satzungsversammlung zwei lange heiß diskutierte Normen schließlich verabschiedet worden: **§ 7 der Berufsordnung** mit den obligatorischen Bezeichnungen von Teilbereichen der Berufstätigkeit als "Tätigkeitsschwerpunkt" oder "Interessenschwerpunkt" ist mit Wirkung vom 01.03.2006 durch eine neue, im Wesentlichen nur an § 3 UWG orientierte allgemein gehaltene Norm ersetzt worden: Danach müssen Angaben über Teilbereiche der Berufstätigkeit im Streitfall als zutreffend beweisbar sein.

Am 01.07.2006 ist schließlich die Neufassung des **§ 3 BORA zur Konkretisierung des Verbots der Wahrnehmung widerstreitender Interessen** in Kraft getreten.

Für den Vorstand der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer ist von großer praktischer Bedeutung die **Ausdehnung der Fachanwaltsbezeichnungen** auf nunmehr **18 Rechtsgebiete**. Der Vorstand hat für jedes Fachgebiet einen Fachausschuss eingesetzt, der die Verleihungsanträge möglichst zeitnah bearbeitet.

Das Anwachsen dieses Tätigkeitsfeldes bindet gegenüber dem Zeitpunkt des Entstehens der ersten Fachanwaltsbezeichnungen im Jahre 1987 nunmehr einen deutlich größeren Teil der Arbeitskraft der Kammergeschäftsstelle.

Ein besonderer Dank gebührt an dieser Stelle den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, die die mühevollen ehrenamtlichen Arbeit in den Fachausschüssen leisten.

•

Das **Gebührenrecht** gehört im weitesten Sinne ebenfalls zum anwaltlichen Berufsrecht.

Auf die politischen Entwicklungen ist bereits im ersten Abschnitt des Geschäftsberichts eingegangen worden.

Besonderer Erwähnung bedarf jedoch darüber hinaus, dass für den Beratungsbereich ab 01.07.2006 gesetzliche Vorgaben für die Honorare nicht mehr bestehen.

Der Kammervorstand hat gemeinsam mit dem Hamburgischen Anwaltverein aus diesem Anlass im April 2006 im CCH eine gut besuchte Informationsveranstaltung ausgerichtet, an der insgesamt 494 Kolleginnen und Kollegen teilgenommen haben.

Kammer und Verein haben ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten auf Bundesebene zu den Fortbildungsaufgaben der beiden anwaltlichen Berufsorganisationen es für sinnvoll gehalten, gemeinsam dieses Grundlagenseminar auszurichten.

•

Nachdem auch im Jahre 2006 nicht erkennbar wurde, dass die Politik einer gesetzlich begründeten **Fortbildungsverpflichtung** für Rechtsanwälte näher treten will, haben die Kammern ein System von Fortbildungsanreizen geschaffen. Es steht jedem Rechtsanwalt frei, ein zwischenzeitlich als Marke geschütztes Qualitätssiegel zu erwerben, sofern er die hierfür normierten Voraussetzungen nachweist.

Der Vorstand der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer hat im Interesse einer bundeseinheitlich möglichst übereinstimmenden Handhabung entschieden, dass auch die Hamburger Anträge von der Bundesrechtsanwaltskammer bearbeitet und entschieden werden sollen. Die Zentrale Bearbeitung ist auch unter Verwaltungsgesichtspunkten schlanker und effektiver, eine weitere Inanspruchnahme der Hamburger Kammergeschäftsstelle wird damit vermieden.

•

Die rechtspolitische Diskussion um **Aufgabenkreis und Funktion der Selbstverwaltung** hat den Vorstand auch zu einer Bestandsaufnahme hinsichtlich des ihm bereits jetzt kraft Gesetzes (§ 73 BRAO) zugewiesenen Aufgabenkataloges geführt.

Der Vorstand hat sich dafür ausgesprochen, im Beschwerdeverfahren ein höheres Maß an Transparenz dadurch herbeizuführen, dass Beschwerdeführer nach rechtskräftigem Abschluss eines Beschwerdeverfahrens ausführlicher als bisher über die Entscheidung des Vorstandes informiert werden.

Die Glaubwürdigkeit der Berufsaufsicht insgesamt erfordert es, in Fällen begründeter Beschwerden dem Beschwerdeführer auch eine Nachricht darüber zukommen zu lassen, aus welchen Gründen der Kammervorstand welche Maßnahme ergriffen hat.

## Internationale Aktivitäten

Der Kammervorstand versuchte auch im Jahre 2006 seinen Teil dazu beizutragen, dass die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Hamburg und dem Ausland auch der Hamburger Anwaltschaft zugute kommt.

Wie im Vorjahr lag der Schwerpunkt dabei in der Pflege der **deutsch-chinesischen Kontakte**.

Die Bemühungen zur Schaffung eines Schiedsgerichtsabkommens mit Shanghai hat der Kammervorstand fortgesetzt. Ein Ergebnis ist jedoch leider nach wie vor nicht zu verzeichnen, da die chinesische Seite bisher nicht reagiert hat.

Erfreulich entwickelt sich die Zusammenarbeit mit der Universität im Rahmen des LL.M.-Studiengangs "**European Asian Business Transactions**". Der erste Jahrgang hat die Ausbildung absolviert.

Der zweite Jahrgang hat am 01.10.2006 mit dem Studium begonnen. Die Teilnehmerzahl ist auf 12 gestiegen.

Eine Änderung hat es insoweit gegeben, als das Praktikum des Studienganges nicht mehr als obligatorischer Teil der Ausbildung, sondern fakultativ angeboten wird.

Wegen des damit verbundenen Wegfalls von Prüfungsformalitäten ist die Aufnahme eines Praktikanten für Kanzleien und Unternehmen dadurch leichter geworden.

Auch die BRAK hat ihre Aktivitäten verstärkt. Im Rahmen der Teilnahme am letzten deutsch-chinesischen **Rechtsstaatsdialog in Xian** konnten die Kontakte zur chinesischen Anwaltsorganisation ACLA verbessert werden. Im Juni 2007 werden die Präsidien von ACLA und BRAK in einem direkten Gespräch Möglichkeiten der Verbesserung der anwaltlichen Zusammenarbeit ausloten. Im Übrigen ist auf Anregung der Bundesrechtsanwaltskammer in der Diskussion, im Jahre 2008 die Stellung des Anwalts in Justiz und Gesellschaft zu einem eigenständigen Thema im Rahmen des Rechtsstaatsdialogs zu machen.

Über die Kontakte zu chinesischen Anwaltsorganisationen hinaus hat der Vorstand im November 2006 ein Kooperationsabkommen mit dem Vorstand der Rechtsanwaltskammer von **Toulouse**, Frankreich, abgeschlossen.

Es wird angestrebt, privilegierte Beziehungen der anwaltlichen Zusammenarbeit zwischen Hamburger Kanzleien und Kanzleien aus Toulouse zu ermöglichen. Zu diesem Zweck wurde ein regelmäßiger Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen beiden Kammervorständen vereinbart, über den kontinuierlich auch die im französischen Recht tätigen Hamburger Anwaltskanzleien unterrichtet werden sollen.

Schließlich ist zu erwähnen, dass der Hamburger Kammerpräsident an einer von der Bundesrechtsanwaltskammer organisierten und bezahlten Reise nach **Israel** teilgenommen hat; Ziel und Gegenstand der Reise war der gegenseitige Erfahrungsaustausch und die inhaltliche Ausgestaltung des abgeschlossenen Freundschaftsvertrages.

## Neue Medien

Im Bereich der neuen Medien ist die Kammer in folgenden Teilbereichen aktiv:

In unregelmäßiger Folge, jedoch in der Regel aus aktuellem Anlass, erscheint der "**Kammer-Schnellbrief**", ein elektronischer "Newsletter", der an alle diejenigen Kolleginnen und Kollegen versandt wird, die der Kammergeschäftsstelle ihre E-Mail-Adresse mitgeteilt haben.

Ende 2006 haben 3.120 Kollegen den Kammer-Schnellbrief erhalten.

Darüber hinaus unterstützt der Kammervorstand nach wie vor die Mailingliste "**anwalt@listserv.mantis.de**", die im Jahre 2006 insgesamt ca. 1.025 Teilnehmer hatte.

Im **Bereich der elektronischen Signatur** fehlte es im Jahre 2006 immer noch an nennenswerten Anwendungsmöglichkeiten.

Erst langsam beginnt sich diese moderne Kommunikationsform über den Bereich des Mahnverfahrens hinaus zu entwickeln. Die ab 01.01.2007 bundesweit vollzogene Weichenstellung für die elektronische Registerführung bringt hier vielleicht eine gewisse Trendwende.

Die nach wie vor zu geringe Verbreitung hat für die Kammer dazu geführt, dass die Tätigkeit als selbständige Signaturstelle (so genannter "Zertifizierungsdiensteanbieter") Anfang 2007 eingestellt wurde. Für die DATEV, die der Kammer diese Tätigkeit überhaupt erst ermöglicht hat, war die weitere finanzielle und logistische Unterstützung der Kammern insgesamt finanziell nicht mehr darstellbar. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Unterstützung der elektronischen Signatur durch die Rechtsanwaltskammern eingestellt wird. Vielmehr werden die Signaturkarten nunmehr nicht mehr dezentral durch die Kammern, sondern von gewerblichen Anbietern zentral ausgegeben. Die technischen Ressourcen werden für die DATEV von der DPCoM durch das Trustcenter erbracht.

Die an einer Signatur-Karte interessierten Hamburger Kammermitglieder können diese Karte zukünftig also bei freien Anbietern auf dem Markt (natürlich auch der DATEV) erhalten. Die Kammer bestätigt auf Wunsch gegenüber allen Anbietern das so genannte "Berufsattribut", also die Anwaltszulassung. Wer darauf Wert legt, dass die Signaturkarte wie bisher in dem Layout des Anwaltsausweises und insoweit mit Doppelfunktion ausgegeben wird, kann diese Möglichkeit bei einer Beantragung der Karte über die DATEV nutzen.

## Unerlaubte Rechtsberatung

Der Kammervorstand ist auch 2006 gegen unerlaubte Rechtsberatung und unlauteren Wettbewerb in diesem Bereich vorgegangen.

Sowohl gegen Gewerbetreibende, die unerlaubt Rechtsberatung angeboten haben, als auch gegen ehemalige Rechtsanwälte (die ohne Zulassung weiter als "Anwälte" tätig sind), geht der Kammervorstand mit den Mitteln des Wettbewerbsrechts vor. Vorgerichtliche Abmahnungen werden dabei in der Regel von der Rechtsanwaltskammer aus Effizienzgründen selbst ausgesprochen. Sobald es zu gerichtlichen Auseinandersetzungen kommt, wird ein externes Anwaltsbüro eingeschaltet.

Im Jahre 2006 hat es insgesamt 3 Fälle von Abmahnungen und 3 Gerichtsverfahren gegeben. Der schon im Vorjahr anhängige Prozess beim Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg, in dem es um die Beratungsbefugnisse von Versicherungsmaklern im Zusammenhang mit ihrer Vermittlungstätigkeit geht, ist auch 2006 noch nicht entschieden worden.

## Abwicklungen

Zu den gesetzlichen Aufgaben des Kammervorstandes gehört es, nach dem Ausscheiden von Rechtsanwälten aus der Anwaltschaft im Bedarfsfall gemäß § 55 BRAO auch Kanzleiabwickler zu bestellen. Dies gilt sowohl bei Ausscheiden eines Anwaltes aus der Anwaltschaft durch Widerruf der Zulassung, als auch im Todesfall.

Besonders problematisch sind in der Regel Abwicklungen, wenn der ausgeschiedene Rechtsanwalt in Vermögensverfall war und - wie relativ häufig - eine kaum oder gar nicht existierende Buchhaltung vorgefunden wurde.

Denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die sich zur Abwicklung insbesondere in solchen Fällen bereit erklären, gebührt der besondere Dank des Kammervorstandes. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Wahrung des Ansehens der Anwaltschaft.

Die Kosten der Abwicklung, die im Wesentlichen aus der Vergütung des Abwicklers bestehen, müssen gemäß § 55 Abs. 3 i.V.m. § 53 Abs. 10 BRAO von der Rechtsanwaltskammer als Bürgin getragen werden, sofern nicht eine Vereinbarung zwischen dem ausgeschiedenen Rechtsanwalt und dem Abwickler über die Höhe der Vergütung zustande kommt.

Da dies in der Regel nicht der Fall ist, wird der Kammeretat mit Abwicklungskosten erheblich belastet. Im Jahre 2006 wurden hierfür Euro 30.202,28 (Vorjahr: Euro 15.249,77) ausgegeben. Diese Kosten sind im Jahresvergleich sehr unterschiedlich; im Durchschnitt der letzten 5 Jahre ca. Euro 27.000,-. In jedem Falle müssen daher in den Kammeretat jährlich deutliche Reserven für den unvorhergesehenen Fall einer überdurchschnittlich aufwändigen Abwicklung eingestellt werden.

## Beschwerdeverfahren

Wie in den vergangenen Jahren bindet die Bearbeitung von Beschwerden über Rechtsanwälte einen Großteil der Arbeitskapazität des Kammervorstandes und der Geschäftsführung.

Die Gesamtzahl ist im Jahr 2006 gegenüber 2005 gestiegen.

Die Einzelheiten des Beschwerdeaufkommens entnehmen Sie bitte der folgenden Statistik:

	2006	2005
Im Berichtsjahr eingegangene Beschwerden	880	811
aus den Vorjahren übernommen	<u>807</u>	<u>860</u>
insgesamt im Jahre 2006 zu bearbeiten gewesen	1.687	1.671
davon als unschlussig zurückgewiesen ohne Stellungnahme		
der betroffenen Rechtsanwälte	547	491
nach Stellungnahme als unbegründet zurückgewiesen	60	61
aus dem Vorjahr als unbegründet zurückgewiesen	183	248
Rügen gemäß § 74 BRAO	42	33
an die Generalstaatsanwaltschaft abgegeben zur Einleitung eines anwaltsgerichtlichen Ermittlungsverfahrens	13	28
Erteilte Belehrungen gemäß § 73 Abs. 2 Ziff. 1 BRAO	<u>2</u>	<u>3</u>
insgesamt abgeschlossen	847	864

Der Rest von 840 Akten (Vorjahr 807 Akten) ist am 31. Dezember 2006 noch anhängig gewesen.

Die vom Kammervorstand gemäß § 77 Abs. 1 BRAO gebildeten Beschwerdeabteilungen waren am 31. Dezember 2006 mit folgenden ehrenamtlich tätigen Kollegen besetzt:

**Abteilung 1 (A bis E)**

Otmar Kury (Vorsitzender)  
Dr. Henning von Wedel  
Hildegard Hesselmann

**Abteilung 2 (F bis K)**

Annette Voges (Vorsitzende)  
Dr. Carsten Harms  
Ute Balten

**Abteilung 3 (L bis R)**

Dr. iur. h.c. Gerhard Strate (Vorsitzender)  
Dr. Volker Meinberg  
Dr. Christian Lemke

**Abteilung 4 (S bis Z)**

Dietrich Krause (Vorsitzender)  
Gül Sabiha Pinar  
Volker von Alvensleben

## Vermittlungen

Zu den gesetzlichen Aufgaben der Kammer gehört es auch, bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Kolleginnen bzw. Kollegen und den Auftraggebern zu vermitteln (§ 73 Abs. 2 Zfn. 2 und 3 BRAO).

Dies bezieht sich vor allen Dingen auf Meinungsverschiedenheiten über die Höhe von Gebührenrechnungen.

Die Vorstandsmitglieder und insbesondere die Geschäftsstelle nehmen diese Aufgabe wahr.

Im Jahr 2006 ist in 251 Fällen entweder schriftlich vermittelt oder im Gespräch mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen bzw. nach schriftlicher Stellungnahme ein Vermittlungsvorschlag unterbreitet worden.

Einzelne Vorstandsmitglieder vermitteln außerdem bei Sozietätstrennungen oder Meinungsverschiedenheiten, z.B. über die Auslegung von Trennungsvereinbarungen ehemaliger Sozien.

## Gebührengutachten

Zu den Aufgaben des Kammervorstandes gehört es weiter, auf gerichtliche Anforderung Gebührengutachten in Honorarprozessen zu erstatten (§ 73 Abs. 2 Nr. 8 BRAO).

Die hierfür eingerichteten Gebührenabteilungen erstatten diese Gutachten vorwiegend zur Angemessenheit von Rahmengebühren (§ 14 RVG) im Bereich der Ziffern 2100 ff, 2200 ff, 2300 f, 2400 f sowie 4100 ff des VV RVG.

Diese von den Gerichten angeforderten Gutachten werden kostenlos erstattet. Sie sind oftmals hochkompliziert und umfangreich und belasten die Mitglieder der Gebührenabteilungen erheblich.

Der besonderen Erwähnung bedarf, dass die Mitglieder der Gebührenabteilungen darüber hinaus den Kolleginnen und Kollegen auch für Gebührenerklärungen oder Schlichtungen (meist über die Kammergeschäftsstelle) zur Verfügung stehen und in Einzelfällen bei Streitigkeiten z.B. über die Auslegung von Honorarvereinbarungen in analoger Anwendung von § 4 Abs. 3 RVG persönlich vermitteln.

Den Geschäftsfall im Einzelnen entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Aufstellung:

Aus den Vorjahren übernommene Gutachten	31	
Gerichtliche Gutachtenanforderungen 2006		
- Erstgutachten	71	
- Ergänzungsgutachten	<u>4</u>	
- insgesamt in 2006 zu erstatten		106
davon Gutachten erstattet		
- aus den Vorjahren	31	
- aus 2006	<u>48</u>	
Im Jahre 2006 insgesamt erledigt	79	79
ohne Gutachten zurück ans Gericht gingen		<u>3</u>
Am 31. Dezember 2006 noch offene Gebührengutachten		24

Der Kammervorstand hat gemäß § 77 Abs. 1 BRAO drei Gebührenabteilungen gebildet, die sich am 31. Dezember 2006 mit folgenden ehrenamtlich tätigen Kollegen zusammensetzten:

### Gebührenabteilung 1

Jan H. Kern (Vorsitzender)  
Rüdiger Ludwig  
Gerd Uecker

### Gebührenabteilung 2

Dr. Eckart Brödermann (Vorsitzender)  
Annette Teichler  
Andrea Meyer

### Gebührenabteilung 3

Corinna Struck (Vorsitzende)  
Malte Nehls  
Christoph Nebgen

## Zusammensetzung des Vorstandes

**A**uf der Kammerversammlung vom 25. April 2006 fanden turnusmäßig Vorstandswahlen statt.

Die Amtszeiten der Vorstandsmitglieder Rechtsanwältin Ute Balten und Rechtsanwalt Dr. Eckart Brödermann sind turnusmäßig ausgelaufen.

Daneben war die Wahl eines weiteren Vorstandsmitgliedes erforderlich, da Herr Rechtsanwalt Reineke mit Wirkung vom 31.12.2005 aus dem Kammervorstand ausgeschieden und am 1. Januar 2006 in die Geschäftsführung eingetreten ist. Für Herrn Rechtsanwalt Reineke ist deshalb für seine restliche Amtszeit von noch einem Jahr ein Nachfolger im Wege der Ersatzwahl (§ 69 Abs. 3 BRAO) zu wählen gewesen.

Frau Rechtsanwältin Balten und Herr Rechtsanwalt Dr. Brödermann wurden für eine weitere Amtszeit von vier Jahren wieder gewählt.

Als Nachfolger von Herrn Rechtsanwalt Reineke ist Herr Rechtsanwalt Dr. Christian Lemke in den Vorstand gewählt worden.

Seit dem 25. April 2006 gehören dem Vorstand damit nunmehr folgende 23 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte an:

Volker von Alvensleben  
Ute Balten  
Dr. Eckart Brödermann  
Axel C. Filges  
Dr. Carsten Harms  
Hildegard Hesselmann  
Bernd-Ludwig Holle  
Jan H. Kern  
Dietrich Krause  
Otmar Kury  
Dr. Christian Lemke  
Rüdiger Ludwig

Dr. Volker Meinberg  
Andrea Meyer  
Christoph Georg Nebgen  
Malte Nehls  
Gül Sabiha Pinar  
Dr. iur. h.c. Gerhard Strate  
Corinna Struck  
Annette Teichler  
Gerd Uecker  
Annette Voges  
Dr. Henning von Wedel

Auf der Vorstandssitzung vom 3. Mai 2006 wurde das Präsidium wie folgt wieder gewählt:

Axel C. Filges, Präsident  
 Ute Balten, Vizepräsidentin  
 Otmar Kury, Vizepräsident  
 Dietrich Krause, Schriftführer  
 Bernd-Ludwig Holle, Schatzmeister

Der Geschäftsführung gehören seit 01.01.2006 Frau Rechtsanwältin Dr. Carolin Kenter, Herr Rechtsanwalt Friedrich-Wilhelm Reineke sowie Herr Rechtsanwalt Hartmut Scharmer an.

Mit Herrn Rechtsanwalt Reineke konnte die Geschäftsführung deutlich verstärkt werden, da ein berufserfahrener Kollege zur Mitarbeit gewonnen werden konnte.

## Fachanwaltschaften

Im Berichtsjahr 2006 hat der Kammervorstand über Fachanwaltsanträge wie folgt entschieden:

### Arbeitsrecht

Aus 2005 und davor übernommene Anträge		9
2006 eingegangene Anträge		<u>29</u>
insgesamt im Jahre 2006 zu bearbeiten		38
Stattgaben	26	
Ablehnungen	<u>2</u>	
Entscheidungen im Jahre 2006	28	<u>28</u>
Am 31. Dezember 2006 noch anhängig		10

### Bau- und Architektenrecht

Aus 2005 und davor übernommene Anträge		9
2006 eingegangene Anträge		<u>19</u>
insgesamt im Jahre 2006 zu bearbeiten		28
Stattgaben	24	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2006	24	<u>24</u>
Am 31. Dezember 2006 noch anhängig		4

### Erbrecht

Aus 2005 und davor übernommene Anträge		0
2006 eingegangene Anträge		<u>10</u>
insgesamt im Jahre 2006 zu bearbeiten		10
Stattgaben	5	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2006	5	<u>5</u>
Am 31. Dezember 2006 noch anhängig		5

### Familienrecht

Aus 2005 und davor übernommene Anträge		5
2006 eingegangene Anträge		<u>15</u>
insgesamt im Jahre 2006 zu bearbeiten		20
Stattgaben	16	
Antrag zurückgenommen	<u>1</u>	
Entscheidungen im Jahre 2006	17	<u>17</u>
Am 31. Dezember 2006 noch anhängig		3

## Gewerblicher Rechtsschutz

(neu eingerichtet mit Wirkung vom 01.07.2006)

Im Jahre 2006 eingegangene Anträge		<u>7</u>
Stattgaben	5	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2006	5	<u>5</u>
Am 31. Dezember 2006 noch anhängig		2

## Handels- und Gesellschaftsrecht

(neu eingerichtet mit Wirkung vom 01.07.2006)

Im Jahre 2006 eingegangene Anträge		<u>11</u>
Stattgaben	2	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2006	2	<u>2</u>
Am 31. Dezember 2006 noch anhängig		9

## Informationstechnologie

(neu eingerichtet mit Wirkung vom 01.11.2006)

Im Jahre 2006 eingegangene Anträge		<u>0</u>
Stattgaben	0	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2006	0	<u>0</u>
Am 31. Dezember 2006 noch anhängig		0

## Insolvenzrecht

Aus 2005 und davor übernommene Anträge		4
2006 eingegangene Anträge		<u>12</u>
insgesamt im Jahre 2006 zu bearbeiten		16
Stattgaben	11	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2006	11	<u>11</u>
Am 31. Dezember 2006 noch anhängig		5

## Medizinrecht

Aus 2005 und davor übernommene Anträge		2
2006 eingegangene Anträge		<u>15</u>
insgesamt im Jahre 2006 zu bearbeiten		17
Stattgaben	14	
Ablehnungen	0	
Abgabe wegen anderweitiger Zulassung	<u>1</u>	
Entscheidungen im Jahre 2006	15	<u>15</u>
Am 31. Dezember 2006 noch anhängig		2

## Miet- und Wohnungseigentumsrecht

Aus 2005 und davor übernommene Anträge		11
2006 eingegangene Anträge		<u>30</u>
insgesamt im Jahre 2006 zu bearbeiten		41
Stattgaben	25	
Ablehnungen	0	
Entscheidungen im Jahre 2006	25	<u>25</u>
Am 31. Dezember 2006 noch anhängig		16

## Sozialrecht

Aus 2005 und davor übernommene Anträge		0
2006 eingegangene Anträge		<u>0</u>
insgesamt im Jahre 2006 zu bearbeiten		0
Stattgaben	0	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2006	0	<u>0</u>
Am 31. Dezember 2006 noch anhängig		0

## Steuerrecht

Aus 2005 und davor übernommene Anträge		4
2006 eingegangene Anträge		<u>16</u>
insgesamt im Jahre 2006 zu bearbeiten		20
Stattgaben	7	
Ablehnungen	<u>2</u>	
Entscheidungen im Jahre 2006	9	<u>9</u>
Am 31. Dezember 2006 noch anhängig		11

## Strafrecht

Aus 2005 und davor übernommene Anträge		4
2006 eingegangene Anträge		<u>14</u>
insgesamt im Jahre 2006 zu bearbeiten		18
Stattgaben	17	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2006	17	<u>17</u>
Am 31. Dezember 2006 noch anhängig		1

## Transport- und Speditionsrecht

Aus 2005 und davor übernommene Anträge		1
2006 eingegangene Anträge		<u>24</u>
insgesamt im Jahre 2006 zu bearbeiten		25
Stattgaben	21	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2006	21	<u>21</u>
Am 31. Dezember 2006 noch anhängig		4

## Verkehrsrecht

Aus 2005 und davor übernommene Anträge		3
2006 eingegangene Anträge		<u>10</u>
insgesamt im Jahre 2006 zu bearbeiten		13
Stattgaben	10	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2006	10	<u>10</u>
Am 31. Dezember 2006 noch anhängig		3

## Versicherungsrecht

Aus 2005 und davor übernommene Anträge		8
2006 eingegangene Anträge		<u>7</u>
insgesamt im Jahre 2006 zu bearbeiten		15
Stattgaben	11	
Ablehnungen	0	
Antrag zurückgenommen	<u>1</u>	
Entscheidungen im Jahre 2006	12	<u>12</u>
Am 31. Dezember 2006 noch anhängig		3

## Verwaltungsrecht

Aus 2005 und davor übernommene Anträge		3
2006 eingegangene Anträge		<u>2</u>
insgesamt im Jahre 2006 zu bearbeiten		5
Stattgaben	5	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2006	5	<u>5</u>
Am 31. Dezember 2006 noch anhängig		0

## Urheber- und Medienrecht

(neu eingerichtet mit Wirkung vom 01.11.2006)

Im Jahre 2006 eingegangene Anträge		<u>1</u>
Stattgaben	0	
Ablehnungen	<u>0</u>	
Entscheidungen im Jahre 2006	0	<u>0</u>
Am 31. Dezember 2006 noch anhängig		1

Insgesamt gab es in Hamburg am 31. Dezember 2006 990 (Vorjahr: 819) Fachanwältinnen, davon:

- 267 für Arbeitsrecht (davon 54 Fachanwältinnen)
  - 32 für Bau- und Architektenrecht (davon 3 Fachanwältin)
  - 9 für Erbrecht (davon 4 Fachanwältinnen)
- 172 für Familienrecht (davon 98 Fachanwältinnen)
  - 5 für Gewerblicher Rechtsschutz (davon 1 Fachanwältin)
  - 2 für Handels- und Gesellschaftsrecht (davon 0 Fachanwältinnen)
- 45 für Insolvenzrecht (davon 6 Fachanwältinnen)
- 19 für Medizinrecht (davon 6 Fachanwältinnen)
- 38 für Miet- und Wohnungseigentumsrecht (davon 13 Fachanwältinnen)
- 34 für Sozialrecht (davon 8 Fachanwältinnen)
- 204 für Steuerrecht (davon 27 Fachanwältinnen)
  - 68 für Strafrecht (davon 20 Fachanwältinnen)
  - 13 für Transport- und Speditionsrecht (davon 1 Fachanwältin)
  - 19 für Verkehrsrecht (davon 3 Fachanwältinnen)
  - 27 für Versicherungsrecht (davon 5 Fachanwältinnen)
  - 36 für Verwaltungsrecht (davon 3 Fachanwältinnen)

Die Fachausschüsse waren im Berichtsjahr mit den folgenden Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten besetzt:

### **Arbeitsrecht**

Rolf Stahmer (Vorsitzender)  
 Silke Grage (bis 07.11.2006)  
 Dr. Nicola Gragert  
 Dr. Frank Weberndörfer  
 Hartmut Scharmer (ab 08.11.2006)  
 Rüdiger A. Heß (Stellvertr. Mitglied)

### **Bau- und Architektenrecht**

Christian Brüggemann (Vorsitzender)  
 Friedrich-Karl Scholtissek  
 Christian Schliemann  
 Gritt Diercks (Stellvertr. Vors.)

### **Erbrecht**

Dr. Wolfgang Burandt (Vorsitzender)  
 Jörn Peter Heinrich Vinnen  
 Ursel Etzel  
 Tom Kemcke (Stellvertr. Mitglied)

### **Familienrecht**

Annette Teichler (Vorsitzende)  
 Rita Brockmann-Wiese  
 Gisela Friedrichs  
 Karin Friedrich-Büttner  
 Jutta Herre-Küberling (bis 03.05.2006)  
 Jürgen Bandelow (bis 03.05.2006)  
 Ute Balten (bis 03.05.2006)  
 Peter Leßmann (bis 03.05.2006)

## **Gewerblicher Rechtsschutz**

Prof. Dr. Christian Rohnke (Vorsitzender )  
Christian Hertz-Eichenrode  
Dr. Wolfgang Berlit  
Dr. Karin Sandberg (Stellvertr. Vors.)  
Dr. Burkhard Rheineck (Stellvertr. Mitglied)  
Dr. Andrea Jaeger-Lenz (Stellvertr. Mitglied)  
Dr. Andreas Meißner (Stellvertr. Mitglied)

## **Informationstechnologie**

Dr. Christian Lemke (Vorsitzender )  
Dr. Oliver Gießler  
Dr. Kai-Uwe Plath  
Dr. Kay G.H. Oelschlägel (Stellvertr. Vors.)  
Guido Flick (Stellvertr. Mitglied)  
Oliver J. Süme (Stellvertr. Mitglied)

## **Medizinrecht**

Dr. Ulrich Steffen (Vorsitzender)  
Dr. Horst Bonvie (Stellvertr. Vors.)  
Ulrike Hundt-Neumann  
Sven Hennings (Mitglied ab 04.10.2006)  
Michael Oltmanns (Stellvertr. Mitglied)  
Dr. Markus Plantholz (Stellvertr. Mitglied)

## **Sozialrecht**

Rainer Willlhoeft (Vorsitzender bis 22.08.2006)  
Lukas Weitbrecht  
Henry Lomer

## **Strafrecht**

Dr. iur. h.c. Gerhard Strate (Vorsitzender)  
Otmar Kury  
Johann Schwenn  
Kathrin Schulz

## **Urheber- und Medienrecht**

Prof. Dr. Hartwig Ahlberg (Vorsitzender)  
Helmuth Jipp  
Dr. Martin Soppe  
Dr. Roger Mann  
Dr. Stefan Horst Engels (Stellvertr. Vors.)

## **Versicherungsrecht**

Dieter Behling (Vorsitzender)  
Malte Nehls  
Dr. Carsten Harms  
Oliver Meixner  
Jan Volker Glauber (Stellvertr. Mitglied)

## **Handels- und Gesellschaftsrecht**

Rüdiger Ludwig (Vorsitzender )  
Dr. Henrik Drinkuth  
Dr. Georg A. Wittuhn  
Dr. Antje Mattfeld (Stellvertr. Mitglied)  
Dr. Klaus von Gierke (Stellvertr. Mitglied)  
Dr. Rüdiger Zeller (Stellvertr. Vors.)

## **Insolvenzrecht**

Dr. Klaus Pannen (Vorsitzender)  
Sönke Hansen  
Heiko Fialski  
Hinnerk-Joachim Müller (Stellvertr. Mitglied)

## **Miet- u. Wohnungseigentumsrecht**

Bernd Vetter (Vorsitzender)  
Eva Proppe  
Ricarda Breiholdt  
Dr. Hubertus Wegmann

## **Steuerrecht**

Dr. Kai Greve (Vorsitzender)  
Dr. Alexander Busse (Stellvertr. Vors.)  
Ulf von Sothen  
Dr. Ulrich Möhrle

## **Transport- u. Speditionsrecht**

(gemeinsamer Fachausschuss gemäß § 18 FAO mit den  
Kammern Braunschweig, Bremen, Celle,  
Mecklenburg-Vorpommern, Oldenburg und  
Schleswig-Holstein)  
Dr. Kay Uwe Bahnsen (Hamburg, Vorsitzender)  
Andrea Meyer (Hamburg)  
Dr. Johannes Dälken (Osnabrück)  
Dr. Stefan Hoeft (Bremen)  
Dieter Janßen (Bremen, stellvertr. Vors.)  
Andrea Bartholl (Schleswig-Holstein)  
(ab 31.05.2006)

## **Verkehrsrecht**

Holger Rochow (Vorsitzender)  
Jens Peter Jensen (Stellvertr. Mitglied)  
Annette Wiemers  
Geesche Warnke

## **Verwaltungsrecht**

Dr. Peter Oberthür (Vorsitzender)  
Dr. Fritz Frhr. von Hammerstein  
Nikolaus Piontek  
Martin Hack

## Berufsausbildung

Die Anzahl der neu eingetragenen Ausbildungsverhältnisse zur Rechtsanwaltsfachangestellten ist im Berichtsjahr entgegen dem Bundesdurchschnitt leicht gestiegen (von 214 im Jahre 2005 auf 218 im Jahre 2006).

Insgesamt waren mit Stand vom 31.12.2006 462 Ausbildungsverhältnisse eingetragen.

Zu den Abschlussprüfungen im Sommer und Winter 2006 meldeten sich insgesamt 204 Auszubildende an, unter ihnen 20 Umschülerinnen und 3 externe Prüflinge.

Die Prüfungen brachten folgende Resultate:

### Erstausbildung

- 30 Prüflinge haben mit dem Prädikat „sehr gut“,
- 82 Prüflinge haben mit dem Prädikat „gut“,
- 2 externe Prüflinge haben mit dem Prädikat „gut“,
- 51 Prüflinge haben mit dem Prädikat „befriedigend“,
- 1 externer Prüfling hat mit dem Prädikat „befriedigend“,
- 7 Prüflinge haben ohne Prädikat bestanden,
- 11 Prüflinge haben die Prüfung nicht bestanden. (5,98 %)

### Umschülerinnen

- 2 Prüflinge haben mit dem Prädikat „sehr gut“,
- 3 Prüflinge haben mit dem Prädikat „gut“,
- 6 Prüflinge haben mit dem Prädikat „befriedigend“,
- 3 Prüflinge haben ohne Prädikat bestanden,
- 6 Prüflinge haben die Prüfung nicht bestanden. (30 %)

Als Ausbildungsberater waren die Rechtsanwälte Hartmut Kostencki, Heiko Kreutzfeldt, Norbert Radeke, Dr. Dieter Putzier, Jürgen Steiner und Frank Robotta ehrenamtlich tätig. Die Ausbildungsberater vermitteln bei Meinungsverschiedenheiten und Unstimmigkeiten im bestehenden Ausbildungsverhältnis zwischen Ausbildern und den Auszubildenden.

Kommt es nicht zu einer einvernehmlichen Beilegung der Differenzen, helfen die Ausbildungsberater den Lehrlingen auch bei der Suche nach einem anderweitigen Ausbildungsplatz. Der Kammervorstand dankt den Kollegen für ihr zeitaufwendiges und wertvolles Engagement.

Die von der Kammer eingerichtete Schlichtungsstelle gemäß § 111 Abs. 2 ArbGG nimmt ihre Aufgabe meist wahr, wenn ein Ausbildungsverhältnis durch fristlose Kündigung des Ausbilders aufgelöst worden ist. Die Anrufung dieser Schlichtungsstelle ist Voraussetzung für die Erhebung einer Kündigungsschutzklage beim Arbeitsgericht. Im Jahre 2006 wurde die Schlichtungsstelle in einem Fall tätig.

•

Auf der Internetseite der Rechtsanwaltskammer findet sich eine jeweils aktuelle Liste sowohl freier Lehrstellen, als auch zur Verfügung stehender Praktikantenplätze.

Die Rechtsanwaltskammer beteiligt sich auch an dem Projekt „Hamburger Initiative für Arbeit und Ausbildung“, indem auf der Internetseite „www.ausbildung-hh.de“ ein Link auf unsere Lehrstellenbörse gesetzt wurde.

Die Rechtsanwaltskammer nahm im September 2006 auch an der „12. Hanseatischen Lehrstellenbörse“ teil.

## Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte

Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer ist eine von 6 Rechtsanwaltskammern, die Mitglied des nicht eingetragenen, gemeinnützigen Vereins sind. Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer zahlte im Jahre 2006 an die Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte für jedes Kammermitglied einen Jahresbeitrag von 10,-- Euro, mithin 78.530,-- Euro.

2006 unterstützte die Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte 145 Kammermitglieder, Witwen und Kinder im Bezirk der ihr angeschlossenen sechs Rechtsanwaltskammern mit monatlichen und/oder einmaligen Zahlungen von insgesamt 419.378,73 Euro.

Im Bereich der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer Hamburg erhielten:

14 Kammermitglieder einschließlich ehemaliger Rechtsanwälte, 20 Anwaltswitwen, die aus Alters-, Krankheits- oder aus ähnlichen Gründen berufsbehindert bzw. berufsunfähig sind, einmalige Zahlungen und/oder laufende Unterstützungen bis zu monatlich 510,-- Euro (in Ausnahmefällen wurde dieser Richtsatz um bis zu 40 % überschritten). Ferner wurde eine Pflegezulage von bis zu 153,-- Euro gezahlt.

14 minderjährige oder in Ausbildung befindliche Kinder erhielten eine Unterstützung von bis zu 335,-- Euro monatlich - entsprechend den Sätzen der Regelunterhaltsverordnung.

2006 kehrte die Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte im Bereich der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer 143.782,-- Euro an laufenden Unterstützungen sowie einmaligen Zahlungen aus.

Zusätzlich verteilte die Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte 2006 im gesamten Bundesgebiet 224.285,-- Euro aus dem "Weihnachts-Spendenaufkommen". Auf durchschnittlich zweimal im Jahr stattfindenden Sitzungen der Vertreter der Mitglieder und des Vorstandes der Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte wird über Anträge auf Zahlungen entschieden. Hiervon erhielten die Unterstützten aus dem Bereich der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer 24.275,-- Euro.

## Mitgliederstatistik

Mitgliederzahl 31. Dezember 2006

	<u>m</u>	<u>w</u>	Gesamt
Rechtsanwälte	5.629	2.425	8.054
Rechtsbeistände	45	0	45
davon sind zugleich			
Steuerberater	160	7	
Wirtschaftsprüfer	91	0	
Vereidigte Buchprüfer	50	1	
Ausländische Anwälte	13	5	18
davon Europäische	12	2	
ausl. Anwälte gemäß			
§ 206 BRAO	1	3	
Rechtsanwalts-GmbH			8
Mitglied gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 BRAO			<u>1</u>
		Mitglieder	<u>8.126</u> =====

### Veränderungen 2006

Mitgliederzahl 1. Januar 2006

7.853

	<u>RA</u>	<u>RAin</u>	<u>RB</u>	<u>AA</u>	<u>AAin</u>	<u>GmbH</u>	<u>§ 60 BRAO</u>
<b>Zulassungen</b>							
Neuzulassungen	263	205			2		= 470
Kammerwechsel	116	52					= 168
Wiederzulassungen	<u>10</u>	<u>7</u>					= <u>17</u>
	389	264			2		+ <u>655</u>
<b>Löschungen</b>							
Verstorben	17	1	1				= 19
Kammerwechsel	136	73					= 209
Verzicht	80	63			2		= 145
Widerruf aus							
anderem Grund	<u>5</u>	<u>4</u>					= <u>9</u>
	238	141	1		2		- <u>382</u>
Mitgliederzahl 31. Dezember 2006							<u>8.126</u> =====

Abkürzungen: RB = Rechtsbeistände, AA = Ausländischer Anwalt, AAin = ausländische Anwältin, § 60 BRAO: nichtanwaltlicher Geschäftsführer einer RA-GmbH

Im Jahre 2006 sind verstorben:

Herbert Bergeest	Barbara Kippenberger	Wolf-Dieter Rath
Wincenty J. Broniwoj-Orlinski	Gunther Konau	Heiko Runge
Werner Dieluweit	Gerhardt Kruse	Dr. Jörg Schmeding
Jürgen Echternach	Dr. Gerd-Rainer Kukuk	Matthias Sklanny
Axel W. Giza (Rechtsbeistand)	Wolfgang Loseries	Frank-Joachim Volland
Günther H.W. Gleichmann	Dr. Fritz Manasse	
Alexander Jahr	Dr. Rolf Pietzcker	

Die Mitgliederzahl hat sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt (Stand jeweils am 31. Dezember):

Geschäftsjahr	Mitgliederzahl	Geschäftsjahr	Mitgliederzahl
1997	5.146 (+ 4,9%)	2002	6.719 (+ 5,33 %)
1998	5.418 (+ 5,29%)	2003	7.075 (+ 5,29 %)
1999	5.643 (+ 4,15%)	2004	7.471 (+ 5,6 %)
2000	5.962 (+ 5,63%)	2005	7.853 (+ 5,1 %)
2001	6.379 (+ 6,99%)	2006	8.126 (+ 3,48 %)

## Anwaltsgericht

**D**as Hamburgische Anwaltsgericht war am 31. Dezember 2006 wie folgt besetzt:

Geschäftsleitender Vorsitzender: Rechtsanwalt Dr. Hans Christoph von Oppeln-Bronikowski.

### Kammer I

Dr. Hans Christoph von Oppeln-Bronikowski, Vorsitzender  
Siegfried Schäfer, Stellvertretender Vorsitzender  
Dr. Beate Backhaus  
Dr. Wolfgang Deuchler  
Axel Löhde

### Kammer II

Johann Schwenn, Vorsitzender  
Dr. Christoph Hasche, Stellvertretender Vorsitzender  
Wolf Römmig  
Thomas Scholle  
Dr. Frank Mitzkus

### Kammer III

Prof. Dr. Günter Schmeel, Vorsitzender  
Verena Zahn, Stellvertretende Vorsitzende  
Jörg Schimanski  
Axel Neelmeier  
Jens Cyrkel-Lichtenfeld

Das Anwaltsgericht verzeichnete im Geschäftsjahr 2006 Aus 2005 wurden übernommen  
Von den insgesamt in 2006 anhängigen wurden in I. Instanz erledigt, so dass in das Jahr 2007 übernommen wurden.

22 Neueingänge  
4 Verfahren  
26 Verfahren  
16 Verfahren \*  
10 Verfahren

Das Anwaltsgericht hat im Geschäftsjahr 2006 und  
erlassen.

8 Urteile  
9 Beschlüsse  
17 Entscheidungen \*

\* Die Differenz ergibt sich daraus, dass ein Verfahren lediglich ausgesetzt worden ist.

Von den Urteilen lauten:

- 1 auf Verweis und Euro 250,-- Geldbuße
- 1 auf Verweis und Euro 500,-- Geldbuße
- 1 auf Verweis und Euro 600,-- Geldbuße
- 1 auf Verweis und Euro 1.000,-- Geldbuße
- 2 auf Verweis und Euro 2.000,-- Geldbuße
- 1 auf Verweis und Euro 3.000,-- Geldbuße
- 1 auf Verweis und Euro 7.500,-- Geldbuße

Von den Beschlüssen lauten:

- 3 auf Zustimmung zur Einstellung gemäß § 153 StPO
- 1 auf Nichtzustimmung zur Einstellung gemäß § 153 StPO
- 1 auf Einstellung gemäß § 153 a Abs. 1 StPO gegen Zahlung von Euro 2.500,--
- 1 auf Einstellung gemäß § 153 a Abs. 2 StPO gegen Zahlung von Euro 1.000,--
- 1 auf Einstellung gemäß § 153 a Abs. 2 StPO gegen Zahlung von Euro 4.000,--
- 1 Antrag gemäß § 74 a BRAO wurde wegen verspäteter Antragstellung als unzulässig verworfen
- 1 auf Aussetzung des Verfahrens, um die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts darüber einzuholen, ob § 28 Abs. 1 Satz 2 BRAO mit dem Grundgesetz vereinbar ist

Gegen 3 Urteile aus 2006 wurde Berufung eingelegt, über die seitens des Anwaltsgerichtshofes noch nicht entschieden werden konnte.

Im Jahre 2006 sind nachstehend aufgeführte Entscheidungen über Verfahren aus früheren Jahren ergangen:

In einer Berufungssache aus 2003 ist die endgültige Einstellung gegen Zahlung einer Geldbuße von 3.000,-- Euro vorgenommen worden; in einer anderen Sache aus 2005 wurde die Berufung seitens des Rechtsanwalts zurückgenommen.

## Anwaltsgerichtshof in der Freien und Hansestadt Hamburg

Der Anwaltsgerichtshof bestand im Berichtsjahr 2006 wie in den Jahren zuvor aus zwei Senaten. Diese waren am 31. Dezember 2006 wie folgt besetzt:

Präsident: RA Reinhard Daum

### I. Senat

RA Reinhard Daum, Vorsitzender  
 RA Dr. Kay Soehring, stellv. Vors.  
 RA Dr. Hans-Jürgen Grambow  
 RA Prof. Dr. Christian Bernzen  
 RA Dr. Joachim Frhr. von Falkenhausen  
 VRiOLG Dr. Ernst-Rainer Schudt  
 RiOLG Henning Huusmann  
 VRiOLG Axel Gärtner  
 RiOLG Sabine Happ-Göhring

### II. Senat

RA Klaus-Ulrich Ventzke, Vorsitzender  
 RA Hubertus von der Recke, stellv. Vors.  
 RAin Susanne Pötz-Neuburger  
 RA Dr. Raimund Emde  
 RA Dr. Matthias Wolter  
 VRiOLG Gerd Harder  
 RiOLG Hans Lauenstein  
 VRiOLG Joachim Gottschalk  
 RiOLG Norbert Sakuth

Die Einzelheiten der Geschäftstätigkeit des Anwaltsgerichtshofes und deren Gegenstände entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Statistik :

	Nicht erledigte Verfahren am Beginn des Jahres	Neuzugänge	Erledigte Verfahren	Verfahrensdauer der erledigten Sachen		Nicht erledigte Verfahren am Ende des Jahres
				bis 6 Monate	über 6 Monate	
1. Zulassungsverfahren	7	0	7	1	6	0
2. Rücknahme- und Widerrufsverfahren	5	5	6	5	1	4
3. Vollziehungsanordnung der Rechtsanwaltskammer gem. § 16 Abs. 6 BRAO	0	0	0	0	0	0
4. Sonstige Bescheide der Landesjustizverwaltung	0	0	0	0	0	0
5. Verfahren nach § 57 Abs. 3 BRAO	1	0	1	0	1	0
6. Berufungen nach § 143 BRAO	1	4	3	1	2	2
7. Verfahren nach §§ 122 Abs. 2, 123 Abs. 2, 142 BRAO	0	0	0	0	0	0
8. Verfahren nach §§ 150, 161a BRAO	0	0	0	0	0	0
9. Verfahren nach § 223 BRAO hiervon Fachanwaltsverfahren	7 6	4 4	5 4	2 2	3 2	6 6
10. Sonstige Verfahren nach BRAO	<u>2</u>	<u>5</u>	<u>4</u>	<u>2</u>	<u>2</u>	<u>2</u>
<b>Gesamt</b>	<b>23</b> ==	<b>18</b> ==	<b>26</b> ==	<b>11</b> ==	<b>15</b> ==	<b>14</b> ==

Der Kammervorstand berichtet hiermit der Kammerversammlung gemäß § 73 Abs. 2 Nr. 7 BRAO über die Verwaltung des Vermögens im abgelaufenen Geschäftsjahr 2006 und kommt seiner Verpflichtung zur Rechnungslegung damit nach.

Sie finden nachstehend:

## I. Kammervermögen

1. Einnahmen- und Ausgabenrechnung für das Geschäftsjahr 2006 einschließlich eines Vergleiches zum Vorjahr - Anlage 1 -
2. Erläuterungen zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung in der Form einer detaillierten Übersicht über die einzelnen Einnahmen sowie Ausgaben einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 2 -
3. Darstellung der Bestandsentwicklung der liquiden Mittel nach dem Stand des 31.12.2006 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 3 -
4. Aktualisierter Haushaltsplan für das Jahr 2007 sowie Haushaltsplan für das Jahr 2008 als Grundlage für die Beschlussfassung über den Kammerbeitrag 2008 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 4 -

## II. Ausbildungsumlage

1. Abrechnung der Einnahmen und Ausgaben der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendar- ausbildung für das Geschäftsjahr 2006 einschließlich eines Vergleiches zu den Vorjahren - Anlage 5 -
2. Erläuterungen zur Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung für das Geschäftsjahr 2006 einschließlich eines Vergleiches zu den Vorjahren - Anlage 6 -
3. Bestandsentwicklung liquider Mittel der Ausbildungsumlage im Geschäftsjahr 2006 einschließlich eines Vergleiches zu den Vorjahren - Anlage 7 -
4. Haushaltsplan Ausbildungsumlage 2007 einschließlich eines Vorjahresvergleiches - Anlage 8 -

•

## Anmerkungen

1. Sie finden als Anlage 3 eine Darstellung der Bestandsentwicklung der liquiden Mittel, um den Finanzstatus über Anlage 1 und 2 hinaus transparent werden zu lassen.
2. Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer hat gemäß § 98 Abs. 2 BRAO die Kosten des Anwaltsgerichts zu tragen. Diese betragen im Berichtsjahr 2006 insgesamt Euro 26.264,33 (Vorjahr: Euro 25.917,92), davon für Personalkosten Euro 16.247,32 (Vorjahr: Euro 15.926,66), Miete Euro 6.622,24 (Vorjahr: Euro 5.247,28) und allgemeine Bürokosten Euro 3.394,77 (Vorjahr: Euro 4.743,98).

3. In der Geschäftsstelle waren am 31.12.2006 wie im Vorjahr 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschließlich der Geschäftsführung) beschäftigt, davon 7 Teilzeitkräfte.
4. Der Kammervorstand erhebt nicht von allen Mitgliedern den vollen Kammerbeitrag. Nach den Bestimmungen der Beitragsordnung wird er vielmehr in den dort vorgesehenen Fällen ermäßigt. Dadurch ergeben sich gemessen an dem rechnerischen Beitragsaufkommen bei voller Beitragszahlung durch jedes Kammermitglied die im Folgenden dargestellten Mindereinnahmen:

	2005	2006
1. Ermäßigungen für Berufsanfänger (§ 4 Ziff. 1a BeitrO)	Euro 113.090,00	Euro 100.800,00
2. Ermäßigungen in Härtefällen (§ 6 BeitrO)	Euro 9.890,00	Euro 10.447,00
3. Beitragserlasse wegen Schwerbehinderung (§ 3 BeitrO)	Euro 9.030,00	Euro 9.240,00
4. Beitragserlasse wegen Ausscheidens (§ 4 Ziff. 1b BeitrO)	Euro 5.544,00	Euro 4.830,00
5. Ermäßigungen wegen Kammerwechsels (§ 4 Ziff. 1b BeitrO)	Euro 5.400,00	Euro 4.830,00
6. Beitragserlasse wegen Todes eines Mitglieds (§ 6 BeitrO)	<u>Euro 300,00</u>	<u>Euro 1.260,00</u>
	<u>Euro 143.254,00</u>	<u>Euro 131.407,00</u>

Am 31.12.2006 bestanden noch offene Kammerbeitragsforderungen aus den Vorjahren in Höhe von Euro 40.135,83 (Vorjahr : Euro 36.737,00). Im Jahr 2006 konnten Beitragsforderungen aus den Vorjahren in Höhe von Euro 33.176,50 realisiert werden. Für die Ausbildungsumlage bestanden Rückstände in Höhe von Euro 1.895,50 (Vorjahr: Euro 1.698,00). Die Realisierungsmöglichkeiten dieser Forderungen sind ungewiss.

5. Die Einnahmen- und Ausgabenrechnung weist für 2006 einen Überschuss von Euro 143.599,09 aus. In den letzten Geschäftsjahren wurden jeweils folgende Ergebnisse erzielt:

Geschäftsjahr	Jahresergebnis DM	Reinvermögen TDM
1994	+ 199.287	1.188
1995	+ 244.876	1.433
1996	+ 257.718	1.691
1997	+ 369.517	2.060
1998	+ 81.389	2.142
1999	- 25.544	2.116
2000	+ 193.705	2.310
2001	+ 512.436	2.822
	EUR	TEuro
2002	+ 244.603,34	1.658
		(= 3.247 TDM)
2003	+ 96.305,85	1.754
		(= 3.430 TDM)
2004	- 81.514,62	1.673
2005	+ 165.273,12	1.838
2006	+ 143.599,09	1.982

6. Die im Jahre 2005 vorgenommene Umschichtung des Kammervermögens hatte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr erstmals zu „beweisen“. Durch die Anlage eines Teils des Vermögens in festverzinslichen Wertpapieren und eines anderen Teils in den Bereich der Haspa-Vermögensverwaltung konnte eine Gesamtrendite von ca. 3% erwirtschaftet werden. Der Vorteil lag hier darüber hinaus vor allen Dingen in dem deutlich verminderten Verwaltungsaufwand, der zu einer Entlastung der Geschäftsstelle und des Schatzmeisters beigetragen hat. Dennoch sind die Vermögenserträge im Jahr 2006 deutlich geringer als im Jahre 2005 ausgefallen. Der Grund hierfür liegt in der Berücksichtigung von Stückzinsen in 2006 sowie in einem Einmal-Zufluss in 2005. Die Einzelheiten finden Sie in Anlage 2.
  
7. Beitragsverwendung 2006  
Der Kammerbeitrag enthält insgesamt Euro 42,00 durchlaufende Gelder:  
Für jedes am 1. Januar 2006 zugelassene Mitglied zahlte die Hanseatische Rechtsanwaltskammer an die Hilfskasse Deutscher Rechtsanwälte Euro 10,00 und an die Bundesrechtsanwaltskammer Euro 32,00. Im Beitrag an die Bundesrechtsanwaltskammer sind Euro 3,00 für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesrechtsanwaltskammer enthalten.
  
8. Sie finden als Anlage 5 bis 8 die Abrechnung über die im Jahre 2004 erstmalig erhobene und vom Kammervermögen vollständig getrennt geführte und verbuchte Ausbildungsumlage. Sie wurde in 2006 nur in Höhe von Euro 10,00 (statt der beschlossenen Euro 25,00) pro Mitglied erhoben.  
Im Berichtsjahr überstiegen die Ausgaben infolgedessen die Einnahmen um Euro 39.629,17.  
Dieses Ergebnis war gewollt, da die Ausbildungsumlage keine Überschüsse erzielen soll. Der Kammervorstand wollte die im Jahre 2004 durch die geringere als geplante Inanspruchnahme des Ausbildungsangebots entstandenen Überschüsse von ca. Euro 92.000,00 abschmelzen.  
Im Berichtsjahr wurden die Rücklagen aus der Ausbildungsumlage auf ca. Euro 52.000,00 verringert.  
Der Kammervorstand ruft deshalb im Jahre 2007 für die Referendarausbildung lediglich Euro 5,00 anstelle der von der Kammerversammlung beschlossenen Euro 25,00 pro Kammermitglied ab.  
Aus Anlage 8 ergibt sich, dass damit der im Jahre 2004 entstandene Überschuss weiter wesentlich abgebaut sein wird.  
Voraussichtlich wird die Ausbildungsumlage sodann ab dem Jahre 2008 wieder in der ursprünglich beschlossenen Höhe von Euro 25,00 pro Kammermitglied erhoben werden müssen.  
Die Abwicklung der Zahlungen erfolgt über ein gesondertes Konto und einen gesonderten Buchungskreislauf.  
In die Kammerrechnungslegung gemäß Anlagen 1 bis 4 gehen diese Beträge deswegen nicht ein.

# Prüfung der Rechnungslegung

## I.

Auf der Kammerversammlung 2002 sind als Kassenprüfer des Vorstandes die Rechtsanwälte und Fachanwälte für Steuerrecht Eckhard Wolter und Stephan May gewählt worden.

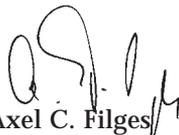
Beide Kollegen haben die Buchhaltungsunterlagen einschließlich der Belege auch für 2006 geprüft und keine Beanstandungen erhoben. Sie werden auf der Kammerversammlung über ihre Feststellungen berichten.

## II.

Die ACTA Revisions- und Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft hat die Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2006 auf der Basis der von der Kammer erstellten Buchhaltung geprüft und folgende Bescheinigung erteilt:

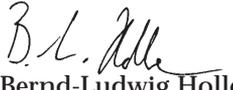
"Die Einnahmen-/Ausgabenrechnung sowohl des allgemeinen Kammerhaushaltes als auch der Ausbildungsumlage für das Geschäftsjahr wurde von uns anhand der vorgelegten Buchführung, der vorgelegten Unterlagen sowie der erteilten Auskünfte unter Beachtung des Gesetzes und der Satzung geprüft. Die Prüfung hat zu keinen Beanstandungen geführt. Die Buchführung ist nach unseren Feststellungen und nach unserer Überzeugung ordnungsgemäß geführt. Die Einnahmen-/Ausgabenrechnungen entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften."

Hamburg, den 2. März 2007



Axel C. Filges

Präsident



Bernd-Ludwig Holle

Schatzmeister

**Hanseatische Rechtsanwaltskammer Hamburg**  
**Einnahmen- und Ausgabenrechnung**  
**für das Geschäftsjahr 2006**  
**(Erläuterungen in Anlage 2)**

Anlage 1

	<u>2005</u> <u>EUR</u>	<u>2006</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>TEUR</u>
<b>I. <u>Einnahmen</u></b>			
1. Kammerbeiträge	1.610.418,30	1.640.341,90	30
2. Zulassungsgebühren/ Fachanwaltsgebühren	100.795,00	107.402,00	7
3. Prüfungsgebühren, Berufsausbildung/Fortbildung	33.329,00	20.258,50	-13
4. Aufsichtsverfahren	27.121,80	10.157,78	-17
5. Vermögenserträge	60.239,82	33.147,24	-27
6. Seminare	0,00	21.800,00	22
7. Sonstige Einnahmen	6.254,67	22.414,91	16
8. Durchlaufende Gelder	<u>0,00</u>	<u>2.404,00</u>	<u>2</u>
Gesamteinnahmen	<u>1.838.158,59</u>	<u>1.857.926,33</u>	<u>20</u>
<b>II. <u>Ausgaben</u></b>			
1. Personalkosten	728.366,90	798.348,98	70
2. Verwaltungskosten	221.986,15	162.640,64	-59
3. Raumkosten	198.974,70	165.090,13	-34
4. Beiträge, Versicherungen	365.347,36	337.797,61	-28
5. Reise- und Sitzungskosten	28.273,03	58.002,65	30
6. Seminare	0,00	13.950,95	14
7. Verfahrenskosten	32.819,62	22.334,79	-10
8. Prüfungskosten Berufsausbildung/Fortbildung	35.028,12	23.827,04	-11
9. Sonstige Ausgaben	57.559,59	129.930,45	72
10. Durchlaufende Gelder	<u>4.530,00</u>	<u>2.404,00</u>	<u>-2</u>
Gesamtausgaben	<u>1.672.885,47</u>	<u>1.714.327,24</u>	<u>42</u>
<b>III. Ergebnis</b>	<u>165.273,12</u>	<u>143.599,09</u>	<u>-22</u>

**Hanseatische Rechtsanwaltskammer Hamburg**  
**Erläuterungen zur**  
**Einnahmen- und Ausgabenrechnung**  
**für das Geschäftsjahr 2006**

**I. Einnahmen**

**1. Kammerbeiträge**

	<u>2005</u>	<u>2006</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Ausbildungsumlage <sup>1)</sup>	613,00	535,00	-78,00
Mitgliedsbeiträge	1.605.101,30	1.635.345,47	30.244,17
Verspätungszuschläge	4.704,00	4.461,43	-242,57
	<u>1.610.418,30</u>	<u>1.640.341,90</u>	<u>29.923,60</u>

**2. Zulassungsgebühren/  
Fachanwaltsgebühren**

	<u>2005</u>	<u>2006</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Zulassungen RA	59.003,00	46.507,00	-12.496,00
Zulassungen OLG	10.650,00	12.150,00	1.500,00
Zulassungen GmbH (§ 59c BRAO)	1.530,00	1.020,00	-510,00
anderweitige Zulassungen (§ 33 BRAO)	8.750,00	9.200,00	450,00
Vertreterbestellung (§ 53 BRAO)	1.290,00	1.320,00	30,00
Kanzleipflichtbefreiung (§ 29 BRAO)	600,00	740,00	140,00
Fachanwaltsgebühren <sup>2)</sup>	18.972,00	36.465,00	17.493,00
	<u>100.795,00</u>	<u>107.402,00</u>	<u>6.607,00</u>

**3. Prüfungsgebühren,  
Berufsausbildung/Fortbildung**

	<u>2005</u>	<u>2006</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Zwischenprüfung Sommer	4.425,00	3.850,00	-575,00
Abschlußprüfung Sommer	13.311,00	12.087,00	-1.224,00
Zwischenprüfung Winter	600,00	725,00	125,00
Abschlußprüfung Winter	4.743,00	3.596,50	-1.146,50
Fortbildung Rechtsfachwirt/in	10.250,00	0,00	-10.250,00
	<u>33.329,00</u>	<u>20.258,50</u>	<u>-13.070,50</u>

<sup>1)</sup> Es handelt sich um ein Stichtagsguthaben, ansonsten s. Anlage 5

<sup>2)</sup> Mit Wirkung vom 01.07.2005 gab es 6, mit Wirkung vom 01.07.2006 2 und mit Wirkung vom 01.11.2006 nochmals 2 neue Fachanwaltschaften.

#### 4. Aufsichtsverfahren

	<u>2005</u> EUR	<u>2006</u> EUR	<u>Abw.</u> EUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
AnwG - Geldbußen	22.041,80	9.190,00	-12.851,80
Zwangsgelder	5.080,00	967,78	-4.112,22
	<u>27.121,80</u>	<u>10.157,78</u>	<u>-16.964,02</u>

#### 5. Vermögenserträge

	<u>2005</u> EUR	<u>2006</u> EUR	<u>Abw.</u> EUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Zinserträge Girokonten	3.569,76	481,49	-3.088,27
Zinserträge Verwaltungskonto	11.449,04	13.996,41	2.547,37
Zinserträge Vermögensverwaltung	0,00	15.123,21	15.123,21
Zinserträge Festgeld	2.560,02	0,89	-2.559,13
Zinserträge Wertpapiere	53.900,00	24.071,95	-29.828,05
Aufwand Stückzinsen	0,00	-26.276,71	-26.276,71
realisierte Kursverluste aus festverzinslichen Wertpapieren	-11.239,00	0,00	11.239,00
Kursgewinne bei Wertpapiereinlösung	0,00	5.750,00	5.750,00
	<u>60.239,82</u>	<u>33.147,24</u>	<u>-27.092,58</u>

#### 6. Seminare

	<u>2005</u> EUR	<u>2006</u> EUR	<u>Abw.</u> EUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
RVG-Seminar	0,00	21.800,00	21.800,00
	<u>0,00</u>	<u>21.800,00</u>	<u>21.800,00</u>

#### 7. sonstige Einnahmen

	<u>2005</u> EUR	<u>2006</u> EUR	<u>Abw.</u> EUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Gebühren Signaturkarte	1.333,93	1.082,34	-251,59
Kostenerstattung JAG	3.600,00	0,00	-3.600,00
Erstattung aus Abwicklungen	0,00	9.223,59	9.223,59
weitere Einnahmen <sup>1)</sup>	1.320,74	12.108,98	10.788,24
	<u>6.254,67</u>	<u>22.414,91</u>	<u>16.160,24</u>

#### 8. Durchlaufende Gelder

Begabtenförderung	<u>0,00</u>	<u>2.404,00</u>	<u>2.404,00</u>
-------------------	-------------	-----------------	-----------------

<b>Gesamteinnahmen</b>	<u>1.838.158,59</u>	<u>1.857.926,33</u>	<u>19.767,74</u>
------------------------	---------------------	---------------------	------------------

<sup>1)</sup> Es erfolgte die Spendenrückzahlung bezüglich der Hochwasserhilfe.

## II. Ausgaben

### 1. Personalkosten

	<u>2005</u> <u>EUR</u>	<u>2006</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Gehälter RAK <sup>1)</sup>	605.451,63	654.367,34	48.915,71
Gehälter AnwG	15.926,66	16.247,32	320,66
Fremdlöhne	0,00	4.320,47	4.320,47
Aufwandsentschädigungen Fachausschüsse <sup>2)</sup>	598,26	9.940,59	9.342,33
Aufwandsentschädigungen Vorstand u. a.	8.175,20	6.725,70	-1.449,50
soziale Abgaben	96.113,54	104.588,39	8.474,85
Berufsgenossenschaftsbeiträge	2.101,61	2.159,17	57,56
	<u>728.366,90</u>	<u>798.348,98</u>	<u>69.982,08</u>

### 2. Verwaltungskosten

	<u>2005</u> <u>EUR</u>	<u>2006</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Bürokosten RAK	17.427,25	17.787,53	360,28
Bürokosten AnwG	4.743,98	3.394,77	-1.349,21
EDV-Kosten	28.239,73	14.578,14	-13.661,59
Drucksachen	29.902,64	33.605,35	3.702,71
Reparaturkosten	5.995,30	6.187,98	192,68
Investitionen in Sachanlagen	76.514,40	21.119,94	-55.394,46
Bücher und Zeitschriften	3.893,87	7.357,42	3.463,55
Porto	32.299,91	37.289,72	4.989,81
Telefon und Telefax	6.518,71	6.690,52	171,81
sonstige	16.450,36	14.629,27	-1.821,09
	<u>221.986,15</u>	<u>162.640,64</u>	<u>-59.345,51</u>

### 3. Raumkosten

	<u>2005</u> <u>EUR</u>	<u>2006</u> <u>EUR</u>	<u>Abw.</u> <u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Mieten RAK	152.051,03	158.467,89	6.416,86
Renovierung u. Erweiterung der Geschäftsstelle	41.676,39	0,00	-41.676,39
Mieten AnwG	5.247,28	6.622,24	1.374,96
	<u>198.974,70</u>	<u>165.090,13</u>	<u>-33.884,57</u>

<sup>1)</sup> In der Geschäftsführung hat es eine personelle Veränderung u. Verstärkung gegeben.

<sup>2)</sup> Durch 10 neue Fachanwaltschaften stieg die Zahl der Fachausschüsse seit Ende 2005 von 8 auf 18.

#### 4. Beiträge, Versicherungen

	<u>2005</u> EUR	<u>2006</u> EUR	<u>Abw.</u> EUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Hilfskasse <sup>1)</sup>	112.065,00	78.530,00	-33.535,00
Bundesrechtsanwaltskammer	242.807,50	251.296,00	8.488,50
Deutsches Anwaltsinstitut	3.871,21	4.066,03	194,82
Versicherungen	6.603,65	3.905,58	-2.698,07
	<u>365.347,36</u>	<u>337.797,61</u>	<u>-27.549,75</u>

#### 5. Reise- und Sitzungskosten

	<u>2005</u> EUR	<u>2006</u> EUR	<u>Abw.</u> EUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Reisekosten	22.553,10	15.583,55	-6.969,55
Sitzungskosten <sup>2)</sup>	5.719,93	27.568,03	21.848,10
Tagungskosten <sup>3)</sup>	0,00	14.851,07	14.851,07
	<u>28.273,03</u>	<u>58.002,65</u>	<u>29.729,62</u>

#### 6. Seminare

	<u>2005</u> EUR	<u>2006</u> EUR	<u>Abw.</u> EUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
RVG-Seminar	0,00	13.950,95	13.950,95
	<u>0,00</u>	<u>13.950,95</u>	<u>13.950,95</u>

#### 7. Verfahrenskosten

	<u>2005</u> EUR	<u>2006</u> EUR	<u>Abw.</u> EUR
<u>Zusammensetzung:</u>			
Gerichtsvollzieherkosten	1.439,35	884,22	-555,13
Verfahrenskosten	31.380,27	21.450,57	-9.929,70
	<u>32.819,62</u>	<u>22.334,79</u>	<u>-10.484,83</u>

<sup>1)</sup> Die Hilfskasse senkte für 2006 die Beiträge. Derzeit ist im Kammerbeitrag eine Summe von 10 € pro Mitglied enthalten.

<sup>2)</sup> Die erhöhten Kosten sind durch die außerplanmäßige Vorstandssitzung in Brüssel mit 26 Vorstandsmitgliedern und 3 Geschäftsführern sowie eine mehrtägige BRAK-Präsidiumssitzung im Juli 2006 in Hamburg entstanden.

<sup>3)</sup> Die Gebührenrechtsreferentenkonferenz fand im September 2006 turnusgemäß in Hamburg statt.

<b>8. Prüfungskosten, Berufsausbildung/Fortbildung</b>	<u>2005</u>	<u>2006</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Zwischenprüfung Sommer	4.211,23	3.739,45	-471,78
Abschlußprüfung Sommer	14.815,22	14.974,25	159,03
Zwischenprüfung Winter	565,20	631,50	66,30
Abschlußprüfung Winter	10.555,22	1.379,02	-9.176,20
Fortbildung Rechtsfachwirt	334,58	207,59	-126,99
Ausbildung sonstiges	4.546,67	2.895,23	-1.651,44
	<u>35.028,12</u>	<u>23.827,04</u>	<u>-11.201,08</u>
<b>9. Sonstige Ausgaben</b>	<u>2005</u>	<u>2006</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
Buchführungs- und Jahresabschlusskosten	10.268,90	10.309,50	40,60
Öffentlichkeitsarbeit	20.258,00	26.231,12	5.973,12
Außerordentl. Ausgaben/Abwicklung	16.093,48	30.202,28	14.108,80
Kosten Anwaltsausweis	8.803,82	6.622,06	-2.181,76
Zertifizierung/Signaturkarte	2.135,39	1.008,20	-1.127,19
Hamburger Anwaltsverzeichnis	0,00	55.016,04	55.016,04
Courtage Wertpapiere	0,00	541,25	541,25
	<u>57.559,59</u>	<u>129.930,45</u>	<u>72.370,86</u>
<b>10. Durchlaufende Gelder</b>	<u>2005</u>	<u>2006</u>	<u>Abw.</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>			
durchlaufende Posten			
Begabtenförderung	4.530,00	2.404,00	-2.126,00
	<u>4.530,00</u>	<u>2.404,00</u>	<u>-2.126,00</u>
<b>Gesamtausgaben</b>	<u>1.672.885,47</u>	<u>1.714.327,24</u>	<u>41.441,77</u>
<b>III. Ergebnis</b>	<u>165.273,12</u>	<u>143.599,09</u>	<u>-21.674,03</u>

**Hanseatische Rechtsanwaltskammer Hamburg  
Bestandsentwicklung der liquiden Mittel  
im Geschäftsjahr 2006**

	Stand am 31.12.2005	Stand am 31.12.2006
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Kassenbestand	517,44	221,51
Guthaben bei Kreditinstituten:		
Girokonten	15.448,65	6.470,06
Festgeldkonten	8.000,00	0,00
Verwaltungskonto	1.320.449,04	339.145,45
Vermögensverwaltung	0,00	403.754,93
Depotbestand		
festverzinsliche Wertpapiere <sup>1)</sup>	494.250,00	1.227.372,27
Geld in Transit <sup>2)</sup>	<u>                    </u>	<u>5.300,00</u>
	1.838.665,13	
Einnahmenüberschuss für das Geschäftsjahr 2006	<u>143.599,09</u>	
	<u><u>1.982.264,22</u></u>	<u><u>1.982.264,22</u></u>

<sup>1)</sup> Der Bestand enthält ausschließlich mündelsichere Wertpapiere.

<sup>2)</sup> Abbuchung bei Deutscher Bank in 2006 auf dem Weg zur Haspa, dort Eingang 2007

**Hanseatische Rechtsanwaltskammer Hamburg  
Haushaltsplan für die Geschäftsjahre 2005 bis 2008**

	2005 TEUR (Ist)	2006 TEUR (Ist)	2007 TEUR (Plan) Alt	2007 TEUR (Plan) neu	2008 TEUR (Plan)
<b>I. Einnahmen</b>					
1. Kammerbeiträge	1.610	1.640	1.585	1.585	1.501
2. Zulassungsgebühren/ Fachanwaltsgebühren	101	107	113	113	113
3. Prüfungsgebühren, Berufsausbildung/Fortbildung	34	20	25	25	25
4. Aufsichtsverfahren	27	10	20	25	25
5. Vermögenserträge	60	33	20	60	60
6. Seminare	0	22	0	0	0
7. Sonstige Einnahmen	6	23	6	31	6
8. Durchlaufende Gelder	0	3	0	2	2
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>1.838</b>	<b>1.858</b>	<b>1.769</b>	<b>1.841</b>	<b>1.732</b>
<b>II. Ausgaben</b>					
1. Personalkosten					
a) Personalkosten	720	781	808	826	830
b) Aufwandsentschädigungen	8	17	24	24	24
2. Verwaltungskosten	222	163	210	185	169
3. Raumkosten	199	165	174	170	174
4. Beiträge, Versicherungen	365	338	361	358	368
5. Reise- und Sitzungskosten	28	58	29	20	58
6. Seminare	0	14	0	0	0
7. Verfahrenskosten	33	22	35	30	32
8. Prüfungskosten, Berufsausbildung/Fortbildung	35	24	28	28	28
9. Sonstige Ausgaben	58	130	110	104	106
10. Durchlaufende Gelder	5	2	0	2	2
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>1.673</b>	<b>1.714</b>	<b>1.779</b>	<b>1.747</b>	<b>1.791</b>
<b>III. Ergebnis</b>	<b>165</b>	<b>144</b>	<b>-10</b>	<b>94</b>	<b>-59</b>

**Hanseatische Rechtsanwaltskammer  
Einnahmen- und Ausgabenrechnung  
der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung  
für das Geschäftsjahr 2006  
(Erläuterungen in Anlage 6)**

	<u>2004</u> EUR	<u>2005</u> EUR	<u>2006</u> EUR	<u>Abw. 2005/2006</u> TEUR
<b>I. Einnahmen</b>				
1. Ausbildungsumlage	171.256,43	76.072,09	77.435,66	1
2. Vermögenserträge	765,29	1.388,22	1.530,88	0
3. Kostenbeteiligung der				
Hamburgischen Notarkammer	0,00	5.000,00	5.000,00	0
HansRAK Bremen	0,00	1.269,45	5.067,51	4
Schleswig-Holsteinischen RAK	0,00	2.593,79	10.210,75	8
Gesamteinnahmen	<u>172.021,72</u>	<u>86.323,55</u>	<u>99.244,80</u>	<u>13</u>
<b>II. Ausgaben</b>				
1. Personalkosten Klausurersteller	14.536,60	43.609,80	33.187,05	-10
2. Verwaltungskosten	2.770,50	3.739,25	82,95	-4
3. Anwalts-AG'en	29.487,70	69.324,68	103.405,40	34
4. Sonstige Ausgaben	<u>2.434,77</u>	<u>315,94</u>	<u>2.198,57</u>	<u>2</u>
Gesamtausgaben	<u>49.229,57</u>	<u>116.989,67</u>	<u>138.873,97</u>	<u>22</u>
<b>III. Ergebnis</b>	<u>122.792,15</u>	<u>-30.666,12</u>	<u>-39.629,17</u>	<u>-9</u>

**Hanseatische Rechtsanwaltskammer**  
**Erläuterungen zur**  
**Einnahmen- und Ausgabenrechnung**  
**der Umlage zur Finanzierung der anwaltsbezogenen Referendarausbildung**  
**für das Geschäftsjahr 2006**

**Einnahmen**

**1. Ausbildungsumlage**

	<u>2004</u>	<u>2005</u>	<u>2006</u>	<u>Abw. 2005/2006</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>TEUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>				
Umlagebeiträge <sup>1)</sup>	171.256,43	76.072,09	77.435,66	1
	<u>171.256,43</u>	<u>76.072,09</u>	<u>77.435,66</u>	<u>1</u>

**2. Vermögenserträge**

	<u>2004</u>	<u>2005</u>	<u>2006</u>	<u>Abw. 2005/2006</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>				
Zinserträge Girokonten	104,05	802,29	293,32	-1
Zinserträge Festgeld	661,24	585,93	1.237,56	1
	<u>765,29</u>	<u>1.388,22</u>	<u>1.530,88</u>	<u>0</u>

**3. Kostenbeteiligung der Hamburgischen  
Notarkammer, der HansRAK Bremen  
sowie der Schleswig-Holst. RAK**

	<u>2004</u>	<u>2005</u>	<u>2006</u>	<u>Abw. 2005/2006</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>				
Hamburgische Notarkammer <sup>2)</sup>	0,00	5.000,00	5.000,00	0
HansRAK Bremen <sup>2)</sup>	0,00	1.269,45	5.067,51	4
Schleswig-Holst. RAK <sup>2)</sup>	0,00	2.593,79	10.210,75	8
	<u>0,00</u>	<u>8.863,24</u>	<u>20.278,26</u>	<u>12</u>

**Gesamteinnahmen**

	<u>172.021,72</u>	<u>86.323,55</u>	<u>99.244,80</u>	<u>13</u>
--	-------------------	------------------	------------------	-----------

<sup>1)</sup> Der Kammervorstand hat 10,00 € anstelle der beschlossenen 25,00 € abgerufen.

<sup>2)</sup> Der Klausurersteller war beschäftigt vom September 2004 bis September 2006.  
Die Kosten wurden anhand des Mitgliederbestandes zum 01.01. berechnet.

## II. Ausgaben

### 1. Personalkosten Klausurersteller

	<u>2004</u>	<u>2005</u>	<u>2006</u>	<u>Abw. 2005/2006</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>				
Klausurersteller <sup>1)</sup>	14.536,60	43.609,80	33.187,05	-10
	<u>14.536,60</u>	<u>43.609,80</u>	<u>33.187,05</u>	<u>-10</u>

### 2. Verwaltungskosten

	<u>2004</u>	<u>2005</u>	<u>2006</u>	<u>Abw. 2005/2006</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>				
Bürokosten	456,65	139,25	82,95	0
Pauschalaufwand			0,00	0
Kammergeschäftsstelle <sup>2)</sup>	2.313,85	3.600,00	0,00	
	<u>2.770,50</u>	<u>3.739,25</u>	<u>82,95</u>	<u>-4</u>

### 3. Anwalts-AG`en

	<u>2004</u>	<u>2005</u>	<u>2006</u>	<u>Abw. 2005/2006</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>				
Honorare und Auslagen der anwältlichen AG-Leiter <sup>3)</sup>	29.487,70	69.324,68	103.405,40	34
	<u>29.487,70</u>	<u>69.324,68</u>	<u>103.405,40</u>	<u>34</u>

### 4. Sonstige Ausgaben

	<u>2004</u>	<u>2005</u>	<u>2006</u>	<u>Abw. 2005/2006</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Zusammensetzung:</u>				
Buchführungskosten	19,14	213,78	252,06	0
sonstige Kosten	2.415,63	102,16	1.946,51	2
	<u>2.434,77</u>	<u>315,94</u>	<u>2.198,57</u>	<u>2</u>

### Gesamtausgaben

	<u>49.229,57</u>	<u>116.989,67</u>	<u>138.873,97</u>	<u>22</u>
--	------------------	-------------------	-------------------	-----------

## III. Ergebnis

	<u>122.792,15</u>	<u>-30.666,12</u>	<u>-39.629,17</u>	<u>-9</u>
--	-------------------	-------------------	-------------------	-----------

<sup>1)</sup> Der Klausurersteller schied per 30.09.2006 aus. Ein Nachfolger wird nicht eingestellt werden (s. hierzu S. ...)

<sup>2)</sup> Der Pauschalaufwand für 2006 wurde in 2006 noch nicht berechnet und wird in 2007 nachbelastet.

<sup>3)</sup> Mehrkosten, da der Kammervorstand beschlossen hat, die Erstellung eines Skriptes zusätzlich zu vergüten.

**Hanseatische Rechtsanwaltskammer  
Bestandsentwicklung der liquiden Mittel  
des Bereiches Ausbildungsumlage  
im Geschäftsjahr 2006**

	Stand am 31.12.2004	Stand am 31.12.2005	Stand am 31.12.2006
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
I. Guthaben bei Kreditinstituten:			
Girokonto	2.792,15	2.126,03	1.274,30
Festgeldkonten	<u>120.000,00</u>	<u>90.000,00</u>	<u>51.222,56</u>
Vermögen Jahresende:	122.792,15	92.126,03	52.496,86
II. Überleitung			
Vermögen zum Folgejahr:	<u>-30.666,12</u>	<u>-39.629,17</u>	
	<u>92.126,03</u>	<u>52.496,86</u>	

**Hanseatische Rechtsanwaltskammer  
Haushaltsplan des Bereiches Ausbildungsumlage 2006 bis 2007**

	2006 EUR (Ist)	2007 EUR (Plan) mit Umlage 5 €
<b>I. Einnahmen</b>		
1. Ausbildungsumlage	77.435,66	40.000,00
2. Vermögenserträge	1.530,88	1.280,00
3. Kostenbeteiligung der Hamburgischen Notarkammer	5.000,00	5.000,00
HansRAK Bremen	5.067,51	3.663,14
Schleswig-Holsteinischen RAK	<u>10.210,75</u>	<u>7.498,67</u>
Gesamteinnahmen	<u><u>99.244,80</u></u>	<u><u>57.441,81</u></u>
<b>II. Ausgaben</b>		
1. Honorar für Klausurerstellung <sup>1)</sup>	33.187,05	2.000,00
2. Verwaltungskosten	82,95	4.000,00
3. Anwalts-AG'en		
Einführungs-AG <sup>2)</sup>	83.179,98	62.000,00
Wahlpflicht-AG <sup>3)</sup>	16.049,42	22.000,00
Tandem-AG <sup>4)</sup>	4.176,00	6.500,00
4. Sonstige Ausgaben	<u>2.198,57</u>	<u>1.000,00</u>
Gesamtausgaben	<u><u>138.873,97</u></u>	<u><u>97.500,00</u></u>
<b>III. geplanter Ausgabenüberschuss</b>	-39.629,17	-40.058,19
<b>IV. Vermögen:</b>		
<b>Bestand 01.01.2007</b>		52.496,86
<b>Saldo 31.12.2007</b>		12.438,67

<sup>1)</sup> vorher Personalkosten Klausurersteller; jetzt Honorar für 2 Examensklausuren

<sup>2)</sup> 12 x im Jahr, 2006 Mehrkosten wegen Zahlung von Honoraren für die Erstellung von Skripten

<sup>3)</sup> 2006 haben 5 AG's stattgefunden; für 2007 werden 7 stattfindende AG's geschätzt.

<sup>4)</sup> AG's, die gemeinsam von einem Richter und einem Anwalt ausgerichtet werden,  
2006 haben 3 AG's stattgefunden; für 2007 werden auch 3 stattfindende AG's geschätzt.